

Antrag

der Fraktion der SPD

Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg und Europäischer Rat in Stuttgart

In einer nach wie vor kritischen Wirtschaftslage in den Ländern der Europäischen Gemeinschaften und der Welt insgesamt richten sich die Hoffnungen auf den Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg und den Europäischen Rat in Stuttgart. Die Staats- und Regierungschefs der an diesen beiden großen internationalen Konferenzen beteiligten Länder haben die Pflicht und die Chance, Wegmarken für eine positivere Wirtschaftsentwicklung und einen Abbau der beängstigend hohen Arbeitslosigkeit zu setzen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung insbesondere in ihrer derzeitigen Rolle der EG-Präsidentschaft auf, sich in Williamsburg für eine expansivere, international koordinierte Politik zum Abbau der weltweiten Beschäftigungskrise und Wachstumsschwäche einzusetzen und in Stuttgart konkrete Initiativen zur Überwindung der drängenden Probleme in der Europäischen Gemeinschaft zu ergreifen.

Die Gemeinschaft befindet sich in einer ernsten Krise. Mehr als 12 Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Trotzdem fehlt eine koordinierte, auf die Lösung der Beschäftigungsprobleme ausgerichtete Wirtschaftspolitik. Dies leistet protektionistischen Tendenzen auch innerhalb der Gemeinschaft Vorschub.

Die gemeinsame Agrarpolitik beansprucht infolge einer unbremsten Überschußproduktion immer mehr Mittel des EG-Haushalts. Sie fehlen für Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zum Abbau regionaler Ungleichgewichte, zur Intensivierung der Industrie- und Technologiepolitik, zur notwendigen Verstärkung des Umweltschutzes. Die Agrarpolitik kann die Gemeinschaft noch in diesem Jahr in massive Finanzprobleme stürzen.

Die ungelösten inneren Probleme der Gemeinschaft beeinträchtigen ihre Handlungsfähigkeit nach außen. Die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal stagnieren seit langem.

Diese Tatsache trägt die Gefahr in sich, daß sich die jungen Demokratien auf der iberischen Halbinsel von Europa abwenden. Der schwelende Agrarhandelskonflikt mit den USA kann sich bald zu einer schweren Krise des freien Welthandelssystems aus-

wachsen und den weltweit vorhandenen protektionistischen Bestrebungen neue Nahrung geben.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Stuttgart ihre aus der Präsidentschaft resultierende herausgehobene Verantwortung wahrzunehmen. Er befürwortet grundsätzlich die institutionelle Stärkung und Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft, ist jedoch der Meinung, daß die von der Bundesregierung angestrebte „Feierliche Erklärung zur Politischen Union“ die Lösung von Sachfragen weder ersetzen kann noch hinausschieben darf. Die Krise der Gemeinschaft erfordert nicht die Abgabe feierlicher Absichtserklärungen, sondern konkretes Handeln.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag ersucht die Bundesregierung, auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg die beteiligten Länder für ein konzertiertes Vorgehen zur Überwindung der weltweiten Beschäftigungskrise und Wachstumsschwäche zu gewinnen und auf die Regierung der Vereinigten Staaten einzuwirken, ihre zentrale Verantwortung für einen weltweiten Wirtschaftsaufschwung wahrzunehmen und durch einen Abbau der strukturellen Haushaltsdefizite die Voraussetzungen für eine spürbare Zinssenkung zu schaffen. Die Gipfelteilnehmer müssen sich im Rahmen eines internationalen Beschäftigungspaktes verpflichten, ihren Beitrag zur wachstums- und beschäftigungsfördernden Ausgestaltung der Finanzpolitik zu leisten und für den Abbau von Handelshemmnissen, eine verbesserte währungspolitische Abstimmung sowie die Lösung der internationalen Schuldenprobleme Sorge zu tragen.

Bei der Behandlung des Ost-West-Handels muß die Bundesregierung die Entschließung des Europäischen Parlaments (Drucksache 9/2051 vom 25. Oktober 1982) zur Grundlage ihrer Verhandlungsposition machen. Bei der laufenden Überprüfung der COCOM-Liste und -Verfahren muß sie sich ausschließlich von militärtechnischen Überlegungen leiten lassen und von der Errichtung zusätzlicher Handelshemmnisse aus anderen Gründen absehen.

2. Der Europäische Rat in Stuttgart wird aufgefordert, seinen Beitrag für die Bewältigung der Wirtschaftsprobleme zu leisten und Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu beschließen. Dazu gehören eine Neugestaltung und Verkürzung der Arbeitszeit sowie die verstärkte Mittelbereitstellung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit.
3. Der Deutsche Bundestag hält eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes für dringlich. Er fordert die Bundesregierung auf, sich für die Vorschläge der Kommission zur Belebung des Binnenmarktes einzusetzen.
4. Die Bundesregierung darf nicht hinnehmen, daß leistungsfähige hochmoderne deutsche Stahlunternehmen Kapazitäten abbauen, wenn gleichzeitig Unternehmen mit veralteten Anlagen in anderen Ländern durch Lohnsubventionen und

staatliche Übernahme von Sozialleistungen einen nahezu vollen Ausgleich für eingetretene Verluste erhalten. Der EG-Kodex zur Subventionspraxis in der Stahlwirtschaft muß schärfer angewandt werden, denn die unterschiedliche Gewährung von Subventionen ist die Hauptursache der krisenhaften Entwicklung in der deutschen Stahlwirtschaft. Ohne eine wettbewerbskonforme Regelung ist eine zukunftsorientierte europäische Stahlpolitik nicht möglich.

5. Der Deutsche Bundestag befürwortet nachdrücklich den Beitritt von Spanien und Portugal zur Europäischen Gemeinschaft. Er fordert den Europäischen Rat auf, einen Zeitplan für die beschleunigte Fortführung und den Abschluß der Beitrittsverhandlungen festzulegen. Der Beitritt sollte spätestens zum 1. Januar 1985 erfolgen. Der Deutsche Bundestag weist Forderungen nach einer Erhöhung der Eigeneinnahmen als Vorbedingung für den Beitritt zurück. Er ist der Auffassung, daß die Strukturprobleme der Mittelmeerlandwirtschaft nicht durch den von einigen Mitgliedstaaten geforderten Ausbau der staatlichen Interventionen und eine Erhöhung des Außenschutzes gelöst werden dürfen.
6. Der Deutsche Bundestag hält an der 1 v. H.-Mehrwertsteuergrenze fest. Der Anteil der Agrarausgaben am EG-Haushalt von derzeit 70 v. H. muß spürbar reduziert und die Steigerung der Agrarausgaben deutlich unter der Entwicklung der eigenen Einnahmen der Gemeinschaft gehalten werden. Der Europäische Rat wird aufgefordert, konkrete Beschlüsse zur Einschränkung der strukturellen Überschußproduktion im Agrarbereich und damit zur Begrenzung der Agrarausgaben zu fassen. Hierzu gehören vor allem eine längerfristig durchzuhaltende vorsichtige Preispolitik, eine Auflockerung der Interventionsmechanismen und der Verzicht auf eine aggressive, den freien Welthandel beeinträchtigende Agrarexportpolitik.
7. Der Deutsche Bundestag ist sich bewußt, daß der Gemeinsame Agrarmarkt durch die Auseinanderentwicklung der Wirtschafts- und Währungspolitik in den Mitgliedstaaten schweren Belastungen ausgesetzt ist.

Er ist deshalb der Auffassung, daß insbesondere in Anbetracht der beabsichtigten Erweiterung um Spanien und Portugal ein Neuanfang erforderlich ist. Daher sollte alsbald eine Konferenz unter Beteiligung aller nationalen Regierungen, Vertreter der Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbände und der Wissenschaft einberufen werden. Vorbild kann die Konferenz von Stresa im Jahre 1958 sein.
8. Die Lösung des britischen Beitragsproblems zum EG-Haushalt darf nicht zu Lasten des Bundeshaushalts und damit des deutschen Steuerzahlers gehen. Der Deutsche Bundestag hält eine größere Ausgewogenheit der finanziellen Belastungen in der Gemeinschaft für dringend erforderlich.
9. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Europäischen Rat den Entwurf für ein EG-Notprogramm zur Rettung des

Waldes vorzulegen und sich für eine unverzügliche Verabschiedung der EG-Richtlinie zur Luftreinhaltung einzusetzen.

10. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Europäischen Rat darauf zu drängen, daß die anstehenden Probleme unter Berücksichtigung der Initiativen des Europäischen Parlaments und auf der Grundlage der Vorschläge der EG-Kommission nicht länger vertagt, sondern im Ministerrat entschieden werden. Die institutionellen Fragen werden sich leichter lösen lassen, wenn zuvor Entscheidungen in zusammenhängenden Sachfragen (z.B. in den Bereichen der Agrarpolitik, des Binnenmarktes, der Beschäftigungs-, Konjunktur- und Währungspolitik sowie der Umweltpolitik) die politische Kraft und den Einigungswillen der Gemeinschaft bewiesen haben.

Bonn, den 18. Mai 1983

Dr. Vogel und Fraktion